

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 20 – 2016

Berlin/Augsburg, den 29.09.2016

Lobbyistischer Arzneiverordnungs-Report 2016 !

Nach den Ermittlungen des Reports sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen in den letzten 2 Jahren um 4,8 Milliarden € auf insgesamt 36,9 Milliarden € angestiegen. Die maßgeblich beteiligten Institutionen an dem Report sind die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (AkdÄ) und das Wissenschaftliche Institut der AOK (WidO). Diese Steigerung erfolgte trotz des Arzneimittel-Versorgungsstärkungsgesetz (AM-VSG) und des Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetzes (AMNOG).

Die auf einseitige Interessen ausgerichteten Verfasser des Reports versuchen mit einer Vielzahl von statistischen Daten die Schuld für diese Entwicklung auf die Pharmaindustrie zu schieben. Dabei speziell auf die patentgeschützten Arzneimittel. Ferner wird die Frage aufgeworfen, ob der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) zu langsam gearbeitet hat. An die Politik wird der Vorwurf gemacht, dass durch nachträglich gesetzliche Änderungen das AMNOG in der Wirkung eingeschränkt wurde.

Gleichzeitig wird eindeutig dargelegt, dass die Pharma- und Biotechnologie Branche eine deutliche EBIT-Marge von 20,3 % hat. Dies läge weit über dem EBIT der Automobil-Industrie, der mit 5 % ermittelt und dargestellt wurde.

Aus dem Inhalt des gesamten Reports ergibt sich der Trend zur Verunglimpfung einer erfolgreichen, innovativen und für die Bürger/Versicherten/Patienten wichtigen Branche zum Erhalt und Ausbau der Versorgungsqualität.

In keiner Weise wird in dem Report auf die Entwicklungen der letzten Jahre, der Gegenwart und der Zukunft hingewiesen, die zu weiteren Kostensteigerungen im Bereich Arzneimittel geführt haben und führen werden.

Dazu gehören:

1. Bedingt durch die erfreuliche demografische Entwicklung werden die Bürger immer älter und damit erhöht sich auch die Anzahl der chronisch erkrankten Patienten und der Bürger die mehrfache gesundheitliche Störungen haben. Damit werden zwangsläufig mehr Arzneimittel verordnet.
2. Die innovativen Möglichkeiten der Pharmaindustrie führen zur Neuentwicklung von Arzneimitteln. Dies erfordert jedoch einen hohen finanziellen Aufwand und dieser muss über die Vergütung des jeweiligen Medikaments die Entwicklungskosten decken. Wenn dies nicht erfolgt, werden keine innovativen Arzneimittel mehr produziert und somit die Versorgung der Patienten gefährdet.

3. Erfreulicherweise wird zum 01.10.2016 der Medikationsplan für Patienten realisiert, der eine Verpflichtung der Dokumentation zur Verordnung von Arzneimitteln – zumindest ab 3 verordneten Arzneimitteln – durch den Hausarzt vorschreibt. Leider wird dies noch in Papierform bis voraussichtlich 2018 vorgenommen und nicht bereits, über die mit einem hohen Finanzaufwand von fast 2 Milliarden € mit der Elektronischen Gesundheitskarte. Es steht fest, dass es bisher keine koordinierte Kontrolle der Verordnung von Medikamenten gibt und es somit hohe Milliardenbeträge durch die Vergabe von Arzneimitteln gibt, die nicht notwendig oder überflüssig sind. Zusätzlich bestehen diesbezüglich auch noch Risiken für die Gesundheit des Patienten und es treten Folgekosten in der ambulanten und stationären Versorgung auf. Der Medikationsplan verursacht einen hohen bürokratischen Aufwand, der dazu führt, dass noch weniger Zeit für die persönliche Zuwendung des Arztes oder Apothekers für die Behandlung des Versicherten/Patienten verbleibt.
4. Ein weiterer wichtiger Punkt um die Arzneimittelkosten anzupassen besteht in der Notwendigkeit den behandelnden Mediziner so zu vergüten, dass er den Patienten individuell mit Arzneimitteln versorgt und dazu auch eingehend informiert und schult. Dies gilt auch für die Vergabe von Medikamenten in den Kliniken, den Alten- und Pflegeheimen und der häuslichen Pflege. In diesem Bereich gibt es große Informations- und Kontrolllücken und somit kommt es zu unnötigen Arzneimittelkosten und erheblichen Risiken für die Patienten.
5. Ganz wichtig in diesem Zusammenhang steht die Einbindung der Apotheker mit der vorhandenen Fachkompetenz bei der Arzneimittelversorgung als kompetenten Partner des Patienten. Hier muss die immer wieder geforderte integrierte Versorgung für die Patienten zwischen Mediziner, Pflege, Apotheker, Patient und Angehörigen endlich umgesetzt werden, damit die Arzneimittelkosten nicht weiter ausufern und eine Wertschöpfung zum Nutzen des Bürgers/Patienten/Versicherten realisiert werden kann.

Deshalb fordern wir die Orientierung auf die bestmögliche Qualität der Versorgung zu setzen und nicht auf Kostensteigerungen oder Kostensenkungen und einseitig ausgerichtete Kritik auf einzelne Player des Gesundheitswesens.

Wolfram – Arnim Candidus

Kontakt Pressestelle:

Präsident
Im Namen des Gesamtvorstandes
Bürger initiative Gesundheit e.V.

(freigegeben zur Veröffentlichung)
www.buerger-initiative-gesundheit.de

Bürger Initiative Gesundheit e.V.

Beethovenstraße 2
86150 Augsburg

Tel.: 0821 /50867960, Fax 0821/ 50867969
presse@buerger-initiative-gesundheit.de